

## Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Referat für Stadtplanung und Bauordnung	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA IV	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität und zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren - LBK zukunftsfähig ausstatten - Evaluierung der Beschlussvorlage		
<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b> Bei den noch offenen Personalzuschaltungen aus der Beschlussvorlage Nr. 14-20 / V03291, VV 16.03.2016 fallen schwerpunktmäßig folgende Tätigkeiten an:		
<ul style="list-style-type: none"><li>• Servicezentrum<ul style="list-style-type: none"><li>◦ Auskünfte und Bauberatung in schwierigen Fällen</li><li>◦ Allgemeine Auskünfte und Beratung (vorwiegend am Servicetelefon oder per Mail/Fax)</li></ul></li><li>• Antragsrückgabe<ul style="list-style-type: none"><li>◦ Rückgabe von mangelhaften Anträgen bzw. Rücknahmefiktion von unvollständigen Anträgen</li><li>◦ Unterstützung bei der Prüfung baurechtlicher Anträge aus Vollständigkeit und formale Richtigkeit</li><li>◦ Sicherstellung der einheitlichen Sachbearbeitung in der Planannahme (Qualitätsmanagement)</li><li>◦ Klärung von Einzelfragen mit Antragssteller/innen und Entwurfsverfasser/innen zum konkreten Bauantragsverfahren im Rahmen der Mängelbeseitigung</li></ul></li><li>• Zentralregistratur<ul style="list-style-type: none"><li>◦ Gewähren der Akteneinsichten</li><li>◦ Registratur und Pflege der Bauakten</li><li>◦ Systembetreuung des Aktenlagerverwaltungssystems CI-Log</li><li>◦ Vereinnahmen von Gebühren</li><li>◦ Abwickeln von Kopieraufträgen an externen Dienstleister</li></ul></li><li>• Baubezirke Team Technik<ul style="list-style-type: none"><li>◦ Bauberatung</li><li>◦ Technische Bearbeitung der Bauanträge und Vorbescheide</li><li>◦ Aufgreifen von baurechtswidrigen Zuständen, mit Prüfung der nachträglichen Genehmigungsfähigkeit oder Einleitung der notwendigen Maßnahmen</li><li>◦ Durchführung der Bauüberwachung (Regelkontrollen, anlassbezogene Kontrollen, Stichprobenkontrollen)</li><li>◦ Technische Bearbeitung von Rechtsbehelfen und Berichtsanforderungen</li></ul></li><li>• Baubezirke Team Verwaltung<ul style="list-style-type: none"><li>◦ Verwaltungs- und kostenmäßiges Bearbeiten von Bauanträgen und Anträgen auf Vorbescheid</li><li>◦ Fertigen von Bescheiden im Bauvollzug</li><li>◦ Ausarbeiten von Stellungnahmen im Rahmen des Berichtswesens</li><li>◦ Fertigen von Abgeschlossenheitsbescheinigungen</li><li>◦ Verwaltungsmäßiges Bearbeiten der Stellungnahmen im Vollzug BImSchG, Nachbar- und Grundstücksangelegenheiten, Dienstbarkeiten, Stellplatzablösen, etc.</li></ul></li><li>• Geschäftsstelle<ul style="list-style-type: none"><li>◦ Personalsachbearbeitung</li><li>◦ Besetzen von Stellen</li><li>◦ operative Personalentwicklung</li><li>◦ Organisatorische Dienststellenbetreuung</li><li>◦ Bearbeiten von Stellenbewertungsvorgängen</li></ul></li></ul>		

○ Mitwirken bei der Dienstaufsicht		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: Gesetzliche Pflichtaufgaben aus dem BauGB und BayBO in Kombination mit komplexer Beratung der Bürgerinnen und Bürger		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
<p>Erläuterung:          Durch das anhaltende Wachstum der Stadt besteht auf absehbare Zeit ein stark erhöhter Bedarf an Wohnraum. Dies spiegelt sich auch im Baugenehmigungsverfahren wieder, z.B. wurden 2017 insgesamt 13.475 neue Wohneinheiten genehmigt, 40% mehr als im Vorjahr. Wir gehen von einem anhaltenden und weiterhin steigendem Wachstum aus, das alle Bereiche der LBK tangiert.</p> <p>Neben den eingehenden Bauanträgen werden von den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern die Aktenbestände abgearbeitet. Seit 2011 ist der Bestand an offenen Anträgen stetig gestiegen, 2015 waren 1.658 Bauanträge offen. Inzwischen konnte der Anstieg gestoppt und der Aktenbestand auf 1.606 (2017) reduziert werden, wozu die Personalzuschaltungen aus dem Jahr 2016 bereits beitragen konnten. Damit die Zielzahlen im Wohnungsbau weiterhin eingehalten werden können und die Bestände an offenen Fällen weiter abgebaut werden können, sind weitere personelle Zuschaltungen dringend erforderlich.</p> <p>In den letzten Jahren ist jedoch nicht nur Antragsmenge gestiegen, sondern auch der Bedarf an Beratungen vor Antragsstellung, persönlich wie auch telefonisch. Meist hat die Kundschaft vor Ort Vorrang vor den Bürgerinnen und Bürgern, die eine Auskunft per Telefon ersuchen, sodass die telefonische Erreichbarkeit der Lokalbaukommission mit 27 % (Durchschnittswert 2017 bis Ende November) derzeit noch einen zu niedrigen Wert aufweist.</p> <p>Im Bereich des Verwaltungsdienstes ist neben der Genehmigungssachbearbeitung auch ein Anstieg bei den Stadtrats-, BA- und Bürgeranfragen zu verzeichnen, die im Rahmen des Berichts- und Beschlusswesens bearbeitet werden. Die Fallzahlen im Berichts- und Beschlusswesen sind im Laufe der Jahre deutlich gestiegen, 2012 und 2013 waren es noch ca. 500 – 600 Fälle, wohingegen 2017 die Anzahl der Anfragen auf 900 angestiegen ist.</p> <p>Seit der Umsetzung der bereits bewilligten Maßnahmen sowie mit den bereits bis heute umgesetzten neuen Aufgabenstellungen ist eine erhebliche Aufgabenmehrung im Personalbereich der Geschäftsstelle der LBK eingetreten. Die Aufgabenmehrung resultiert aus einer allgemeinen Erhöhung des Aufgabenvolumens im Bereich Personalangelegenheiten. Die personelle Umsetzung der neu zu schaffenden Stellen bindet Kapazitäten in der Geschäftsstelle.</p> <p>Durch Zuschaltung der vom Stadtrat 2016 nicht bewilligten Stellen verspricht sich die LBK eine Verstärkung der o.g. bislang eingetretenen positiven Effekte.</p> <p>In der Zentralregistratur lagern sämtliche Bauakten für Bauvorhaben im Hoheitsbereich der Landeshauptstadt München (derzeit ca. 330.000 Akten). Diese werden über ein computergesteuertes Regalsystem in sogenannter "chaotischer" Ablage verwaltet (Ablageorte werden durch das Ablagesystem selbst verwaltet). Ein manuelles Auffinden der Akten ohne das System ist nicht möglich. Im Rahmen der Clientmodernisierung zur Steuerung des Regalsystemes in der LBK sind einmalige Umstellungsarbeiten zu erbringen. Die Modernisierung ist notwendig geworden, da die alte Software auf Windows XP Rechnern läuft und diese aus der Wartung gefallen sind. Die Modernisierung umfasst die Installation des neuen Betriebssystems</p>		

Windows 10, und die entsprechend angepasste Software für die Clients, sowie den Austausch der Client-Hardware. Diese und weitere Arbeiten, z.B. Projektmanagement, Spezifikationen, Testaktivitäten und Early-Life-Support, werden zum überwiegenden Teil von der Firma TGW Systems Integration GmbH geleistet. Die komplette Anlage inklusive Clients läuft eigenständig und wird nicht am städtischen Backbone betrieben. Daher sind Sachmittel zum Erhalt des Betriebs der Lokalbaukommission bei der Dienstleistungserbringung i.H.v. 118.500 € sowie 10.000 € p.a. für Wartungskosten anzumelden.

## 2. Finanzielle Auswirkungen

### 2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	584.400 €
2.1.2.1 Personalauszahlungen	450.300 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	128.500 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	5.600 €

### 2.2 investiv

2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	16.590 €

## 3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
Servicezentrum	1,0	-	3, techn.D
Zentralregistratur	1,0	-	5, VD
Rückgabe	1,0	-	3, techn.D
Bezirke Technik	2,0	-	3, techn.D
Bezirke Verwaltung	1,0	-	3, VD
Geschäftsstelle	1,0	-	3, VD

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
Servicezentrum	7,27	-	3 bzw. 4, techn.D
Zentralregistratur	5,0	-	1 bzw. 2, VD
Antragsbüro	12,0	-	2, bzw. 3, techn.D
Bezirke Technik	100,32	-	2 – 4,techn.D
Bezirke Verwaltung	55,68	-	2 – 4, VD
Geschäftsstelle	4,0	-	2 bzw. 3, VD

**4. Bemessungsgrundlage**

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: In der Stabsstelle IV/02 (Controlling, Innenrevision, Offensiven) wird seit geraumer Zeit der In- und Output der LBK ausgewertet. Die in Erfahrung gebrachten Fallzahlen und Zeitwerte für die einzelnen Tätigkeiten belegen den Bedarf.

**5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)**

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:  
 Alternativ könnte die Aufgabe im Servicezentrum und Antragsrückgabe mit Personal „SB Bauordnung“ (Baugenehmigungsverfahren) aus den Baubezirken bewältigt werden (Umschichtung). Dies würde aber zu Lasten der Kapazitäten der Baubezirke gehen und entsprechend den Output an Baugenehmigungen reduzieren und / oder Laufzeiten verlängern.  
 Die Personalzuschaltung in den Baubezirken Verwaltung sehen wir alternativlos.

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: siehe 5.1, zudem

- kann eine nachhaltige, spürbare Steigerung der telefonischen Erreichbarkeit / Servicesteigerung im Beratungszentrum gefährdet sein,
- die Baubezirke durch die schwach besetzte Antragsrückgabe nicht im gewünschten Umfang von mangelbehafteten Anträgen zugunsten der Antragsbearbeitung entlastet werden
- und ein Verzicht auf die notwendige Verstärkung der Verwaltungsteams u.a. zu Verzögerungen bei der Erstellung der Baugenehmigungen sowie der Abarbeitung der zahlreichen Aufträge im Berichts- und Beschlusswesen führen.

Sollte das computergesteuerte Regalsystem ausfallen, kommt es zu einer erheblichen Gefährdung des Dienstbetriebs (u.a. Verzögerung des Baugenehmigungsverfahrens, Auskünfte nicht möglich, Parteiverkehr gestört, Ansehensverlust in der Öffentlichkeit).

**6. zusätzlicher Büroraumbedarf**

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: 7  
 Bedarf in qm: Kein Bedarf

6.2 Begründung/Berechnung:  
 Für 7 zusätzliche Stellen müssen Arbeitsplätze geschaffen werden.  
 Ein zusätzlicher Flächenbedarf entsteht nicht. Da dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Laufe des Jahres 2019 neue Räume zugewiesen werden, die derzeit vom Kommunalreferat belegt sind, kann das zusätzlich beantragte Personal aus Sicht des Referates für Stadtplanung und Bauordnung langfristig in den Verwaltungsgebäuden des Referates für Stadtplanung und Bauordnung untergebracht werden. Bis zur Freisetzung der Flächen des Kommunalreferates erfolgt die Unterbringung durch temporäre Nachverdichtungen.